

Miteinander in Ansbach

Initiator*innen: Erwin Gleiß & Michael Hinze (Ansbach KV)

Titel: Bauen und Wohnen

Text

(Autoren: Erwin Gleiß und Michael Hinze)

Wohnungen sind auch in Ansbach knapp. Kleine, mit den öffentlichen Nahverkehr gut angebundene oder zentral gelegene Wohnungen, sowohl für junge Leute als auch für Senior*innen sind Mangelware geworden. Größere Wohnungen für Familien werden immer weniger bezahlbar, denn die Knappheit an Wohnraum sowie dessen Privatisierung bringt einen erheblichen Preisanstieg mit sich. Kleine Betriebe und Kulturschaffende können sich die Kosten für ihre Arbeitsräume nur noch schwer leisten. Geeigneter und bezahlbarer Wohnraum in innerstädtischen Bereich ist kaum noch vorhanden und führt zu Verdrängung.

Der Umfang von Neubau und Leerstand, die Mietentwicklung, die Aufwertung von Wohnvierteln, die Verkehrsanbindung die Nutzung öffentlicher Flächen, all das ist nach wie vor von der Kommunalpolitik beeinflussbar. Wir GRÜNEN setzen uns deswegen für die Entwicklung einer städtischen, urbanen und sozialen Wohnungspolitik in Ansbach ein.

Als Grundlage für eine (soziale zielgerichtete) Wohnungspolitik ist es notwendig eine Arbeitsgemeinschaft für Wohnungsbaupolitik zu gründen. In dieser AG sollten u. a. Vertreter der Kommune, Wohnungsbaugenossenschaften, Wohnungsbaugenossenschaften und Wohnungsbaugesellschaften, Haus- und Grundbesitzerverein vertreten sein. Auf der anderen Seite sollten noch kirchliche und caritative Organisationen bzw. Vereine vertreten sein.

Um eine zielgerichtete Bedarfsplanung für den Wohnungsbau zu ermöglichen, bedarf es der Einführung eines Wohnungs- und Leerstandskataster.

Wie setzen uns für einen Grundsatzbeschluss ein, in dem Baulandpolitische Grundsätze festgeschrieben werden. Darin sind Natur- Landschafts- und Klimaschutz zu berücksichtigen. Um den Flächenverbrauch möglichst gering zu halten, muss vorhandener Raum genutzt werden, indem man Gebäudeaufstockungen und Geschosswohnungsbau den Vorrang gibt. Die Flächenbutzungspläne müssen sukzessive angepasst werden.

Wir setzen uns für offene, bürgerorientierte, demokratische Bauleitplanverfahren ein, dazu wollen wir, dass beim ersten Planentwurf, mehrere Alternativen zur Debatte gestellt werden. Alle Pläne sollen auch für Laien verständlich sein. Wir wollen, dass künftig Gestaltungspläne Bestandteil der Bauleitplanverfahren werden.

Es bedarf zunehmend an geeigneten und bezahlbaren Wohnraum, für Familien, Menschen mit Migrationshintergrund, Behinderte, junge und ältere Menschen. Bauherren sollen aus diesem Grund bei der Entstehung von Sozialwohnungen unterstützt und gefördert werden.

Um die Bedürfnisse der Generationen abzudecken, bedarf es einer Mischung unterschiedlicher Wohnungsgrößen in Mehrfamilienhäusern. Hierbei sollten soziale Komponenten Berücksichtigung finden, wie zum Beispiel Barrierefreiheit, Sozialräume zur nachbarschaftlichen Begegnung, Spielflächen u.a. Dabei können neue Formen des Wohnens, wie zum Beispiel generationsübergreifendes Wohnen, Wohngemeinschaften Alleinlebender, Genossenschaftliche Wohnformen und neue Angebote für Familien entstehen.

Bei Neubauten in der Stadt Ansbach muss zukünftig darauf geachtet werden, dass Platz und ein einfacher Zugang zum klimafreudlichen Verkehrsmittel Fahrrad, aber auch zu Kinderwägen möglich ist. Deshalb fordern wir - je nach Wohnungsgröße - pro Wohnung zwei wettergeschützte Stellplätze für Fahrräder die eine wirksame Diebstahlsicherung ermöglichen. Die Stellplatzsatzung schliesst zukünftig Fahrräder ein und wird dementsprechend reformiert.

Der Neubau und Erwerb von städtischen Wohnungen muss durch die neu gegründete städtische Wohnungsbaugesellschaft STADTBAU vorangetrieben werden.

Wir GRÜNEN setzen uns für eine nachhaltige Verbesserung der Ansbacher Quartiere ein, dafür setzen wir künftig auf die "Konzeptvergabe von Baugrundstücken" auch als Tübinger Modell bekannt.

Durch den Besitz von städtischen Wohnungen kann z. B. verhindert werden, dass Menschen, die in eine Notlage geraten sind und obdachlos wurden, auf der Straße leben müssen.

Wir GRÜNE setzen uns für eine soziale Wohnungspolitik ein, die sowohl im Bauen, als auch im Umgang mit Freiflächen ökologisch zukunftsweisend ist. Dazu gehört auch die Berücksichtigung von Ladestationen für alle Arten von Elektrofahrzeugen

Folgende Punkte sollten noch diskutiert und eventuell ergänzt werden:

- Parkplatzsituation in Wohnbereichen. Autos müssen nicht unbedingt vor den einzelnen Wohnhäusern parken. Kleine Parkhäuser, die zwar Baukosten erhöhen minimieren den Flächenverbrauch und können für Grün Freiraum schaffen. Trägt zum Wohn- und Umweltklima bei.

Müsste in der Bauleitplanung Berücksichtigung finden

- Dach- und Fassadenbegrünung – „keine Kieselsteinvorgärten“
- Ladestationen für E-Mobilität vor Wohnhäusern